

Sozialökologische Umbauperspektiven in Politik und Gesellschaft¹

1. Kritik am BIP – Wachstum ist nicht gleich Wohlstand	81
2. Rohstoffe in der Erde lassen – den Kapitalismus grün anstreichen reicht nicht	82
3. Ökologische Transformation: Effizienz – Konsistenz – Suffizienz	83
4. Sozialökologischer Umbau der Industrie	85
5. Neue Anforderungen an Industrie-, Arbeits- und Sozialpolitik	85
6. Von der guten Arbeit zum guten Leben	86
7. Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft	88

Ulla Lötzer

Mitglied des Deutschen Bundestages, Wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau in der Enquetekommission „Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität“ des deutschen Bundestages

Auszug aus WISO 3/2012

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

*Ausstoß von
Treibhausgasen
wird steigen*

„Im Jahr 2052 wird die Welt mit Schrecken auf weitere Änderungen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts blicken“, so der Zukunftsforscher Jorgen Randers bei der Vorstellung des neuen Berichtes des Club of Rome in diesem Mai². „Der Ausstoß von Treibhausgasen wird demnach noch bis 2030 steigen und damit Randers zufolge 15 Jahre zu spät zurückgehen. Daher werde die Erdtemperatur nach 2052 auch um mehr als zwei Grad zunehmen. Die Marke galt als gerade noch erträglich. Der Meeresspiegel wird um 0,5 Meter höher sein, erwartet er. Es werde mehr Dürren, Fluten und verheerende Wirbelstürme geben.“³

*Versagen inter-
nationaler Klima-
konferenzen*

Während der erste Bericht des Club of Rome, „Die Grenzen des Wachstums“, 1972⁴ aber noch zu einer breiten Debatte geführt hat, scheinen solche Prognosen heute zu verhallen. Im vielstimmigen Chor zum Klima- und Umweltschutz gehen die Warnungen unter oder werden als Alarmismus abgetan. Deutlich wird das Politikversagen darin, dass neuerdings unter dem Stichwort ‚Resilience‘ eine Debatte geführt wird, wie man die Folgen der Temperaturerhöhung bewältigen könne, statt sie noch verhindern zu wollen. Andererseits verstärkt sich unter dem Eindruck des beständigen Scheiterns internationaler Klima- und Umweltkonferenzen auch das Bestreben, lokale und nationale Wege aus der Krise zu finden, und oft übernimmt dabei die Zivilgesellschaft eine treibende Rolle. Beispiele für nationale Alleingänge mit globaler Ausstrahlungskraft sind der deutsche Atomausstieg oder die ecuadorianische Yasuni-Initiative.

*fossile
Rohstoffe als
rentable Energie-
ressource*

Ein Problem der globalen Umweltprobleme ist, dass die tatsächlichen Auswirkungen für Mensch und Natur oft erst dann spürbar werden, wenn sie unumkehrbar sind. Das zweite wichtige Problem ist, dass Menschen wie in Marokko, Nigeria und Papua Neuguinea und anderen Teilen der Welt bereits heute darunter leiden, während die Lage in den Industrieländern des Nordens doch immer noch recht komfortabel ist. Das dritte Problem liegt darin, dass die dominante Perspektive auf knappe Energieressourcen – allen voran das Öl – oft den Blick darauf verstellt, dass wir über noch viel zu viele fossile Rohstoffe in der Erde verfügen, deren Nutzung mit jeder Preissteigerung immer rentabler wird und damit kein Automatismus oder gar Zwang zum Ausstieg aus dem fossil-atomaren Entwicklungspfad besteht.

Während die Ursachen für die Umwelt- und Wirtschaftskrise in den Industrieländern zu suchen sind, treten die Folgen zuerst

in den Ländern des globalen Südens auf. Vor dem Hintergrund dieser Problembeschreibung war es im Deutschen Bundestag zumindest möglich, den Zusammenhang zwischen Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zum Gegenstand einer Enquete-Kommission zu machen, die gemeinsam mit sachverständigen WissenschaftlerInnen in zwei Jahren neben einer Kritik am Bruttoinlandsprodukt auch Fragen nach einem schonenden Umgang mit Ressourcen und nach neuen Wohlstands- und Arbeitsmodellen stellen und wenn möglich Lösungswege aufzeigen soll⁵. Die wesentlichen Diskussionen werde ich kurz umreißen und zum Abschluss aus einer Kritik an den Heilsversprechen einer grünen Ökonomie wesentliche Bausteine für ein neues sozialökologisches Umbauprojekt skizzieren.

*neue
Lösungswege*

1. Kritik am BIP – Wachstum ist nicht gleich Wohlstand

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt immer noch im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung über den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg einer Volkswirtschaft entscheidet, setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass es nur bedingt als Wohlstandsindikator geeignet ist.⁶ Zudem ist das Wachstum der produzierten Güter und Dienstleistungen ein wesentlicher Treiber des Umweltverbrauchs. Technische Energie- oder Ressourceneffizienzsteigerungen werden durch das wirtschaftliche Wachstum konterkariert (Rebound-Effekt).

BIP ist als Wohlstandsindikator nur bedingt geeignet

Gleichzeitig ging mit dem Wachstum der letzten Dekaden nicht einmal mehr eine Verbesserung der Einkommen der Beschäftigten einher. Der Aufbau des Sozialstaates in Deutschland und weitgehend auch Europa wurde durch die hohen Wachstumsraten in den 50er- und 60er-Jahren finanziert. Damals war die Gleichsetzung von Wachstum und Wohlstand noch gerechtfertigt. Seit Jahrzehnten erleben wir aber in den Industrieländern stagnierende oder gar sinkende Wachstumsraten. Gerne wird behauptet, diese sinkenden Wachstumsraten seien nur Ausdruck falscher politischer Entscheidungen und Mentalitäten. Da ist von Technologiefeindlichkeit die Rede, von überzogenen Erwartungen an die sozialen Sicherungssysteme und von zu wenig Markt. Eng verbunden mit dieser Interpretation ist die Idee, die Wachstumskräfte müssten „nur“ gestärkt werden und dann könnten sehr viel höhere Wachstumsraten und qualitatives Wachstum aus

*sinkende
Wachstumsraten
der Industrieländer*

sich heraus realisiert werden. In den 90er-Jahren war das eine zentrale Legitimation für die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Deregulierung der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte mit den uns allen bekannten Folgen.

*Schwächen
des BIP*

Dieser neue Blick auf den Zusammenhang von Wachstum und Wohlstandsentwicklung hat nicht zuletzt auch zu einer grundsätzlicheren Kritik am zentralen Indikator, dem Bruttoinlandsprodukt, geführt. Das BIP erfasst als Indikator nur Waren und Dienstleistungen, die am Markt gehandelt werden und dort mit einem Preis versehen sind. Insbesondere die feministische Wachstumskritik verweist darauf, dass alle Produktionsprozesse, die diese Kriterien nicht erfüllen, vom BIP grundsätzlich nicht erfasst werden (s.u.).

*keine Aussage
über die
Einkommens-
verteilung*

Auch staatliche Dienstleistungen können nicht direkt ins BIP eingerechnet werden, sondern werden allenfalls als Kosten berücksichtigt. Soziale und ökologische Lasten können paradoxerweise zur Steigerung des BIP beitragen, da der Prozess der „Zerstörung“ oft Kosten verursacht (z.B. über Neuproduktion oder Beseitigung von Schäden). Die Höhe des BIP lässt zudem keine Rückschlüsse zu auf die Verteilung von materiellem Wohlstand, vor allem auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Externalisierung von Kosten (z.B. Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen oder Ressourcenverzehr) oder auch auf die Zukunftsfähigkeit eines Entwicklungsmodells (Investitionen in Bildung). Alternative Messgrößen und Indikatoren neben dem BIP sind deshalb notwendig, aber zumindest in der bundesdeutschen Enquete-Kommission noch höchst umstritten. Statt pauschaler Fokussierung auf wirtschaftliches Wachstum müssen in einem demokratischen Prozess wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele definiert werden. Ob eine sich hieraus ergebende qualitative Entwicklung mit einem weiteren Wachstum des herkömmlichen Bruttoinlandsprodukts kompatibel ist, bleibt offen.

2. Rohstoffe in der Erde lassen – den Kapitalismus grün anstreichen reicht nicht

Neben der allgemeinen Wachstumskritik oder -skepsis, die weit über die methodischen Schwächen des Bruttoinlandsproduktes hinausgeht, spielt die Rohstofffrage eine zentrale Rolle. Kann es überhaupt gelingen, Produktion und Ressourcenverbrauch

zu entkoppeln, und wenn ja, wie? Die öffentliche Debatte wird ausgehend vom Peak Oil immer noch dominiert von der Frage nach der Endlichkeit der Ressourcen. Wir diskutieren das in der Arbeitsgruppe Ressourcen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages⁷ anders. Angesichts der Umweltbelastungen und sozialen Konflikte, die mit Abbau, Verarbeitung oder Verfeuerung von Rohstoffen verbunden sind, stellt sich die Frage weitergehend: Haben wir nicht zu wenig Ressourcen, sondern zu großen Teilen zu viele vor allem fossile Brennstoffe? In der Erde lagern noch eine Menge Kohle, Öl, Gas und auch Metallerze. Preissteigerungen für diese Rohstoffe führen eben gerade nicht zur Reduktion des Verbrauchs, sondern dazu, dass auch entlegene Lagerstätten wie z. B. Ölvorkommen in der Arktis oder sog. unkonventionelle Energieträger wie Teersände oder Fracking Gas rentabel ausgebeutet werden können, und zwar mit überproportionalen Umweltfolgen für die lokale Bevölkerung. Deshalb wäre es besser, wenn ein großer Teil dieser Rohstoffe in der Erde verbleiben würden. Ihre Förderung würde die Zukunft verbauen.⁸

*unkonventionelle
Energieträger
werden rentabel*

Ein „Weiter-So“ ist deshalb keine Option, wenn wir einen zukunftsfähigen Planeten wollen. Die Umweltkrise ist neben der Wirtschafts- und Finanzkrise eine weitere Facette des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Es sind dieselben Mechanismen und Triebfedern, die gleichermaßen zu einem Raubbau an der Natur, zu wachsender Ungleichheit und Armut führen und die auch zukunftsfähige Beschäftigungschancen vor allem im Bereich der industriellen Wertschöpfung bedrohen.

*Umweltkrise
als Facette des
finanzmarkt-
getriebenen
Kapitalismus*

3. Ökologische Transformation: Effizienz – Konsistenz – Suffizienz

Die Arbeitsgruppe „Neue Wohlstandsmodelle“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie hat schon in den neunziger Jahren drei Wege zu neuen Wohlstandsmodellen aufgezeigt:⁹

- Effizienz soll besser, d.h. mit weniger Ressourcen, mehr Wohlstand erzeugen. Effizienz wird oft der ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit zugeordnet.
- Suffizienz heißt, weniger zugunsten benachteiligter Gruppen und künftiger Generationen zu produzieren und zu konsumieren. Ökologische Grenzen werden akzeptiert, und Suffizienz

wird häufig korrespondierend zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit angesehen.

- Konsistenz wählt mit Blick auf die Regenerationsfähigkeit der Natur eine andere Stoffbasis. Als ökologische Nachhaltigkeitsdimension kann Konsistenz auch weitergehend und grundlegend auf „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ bezogen werden. Damit wäre nicht nur die stoffliche Basis relevant, sondern auch Kriterien wie technische Eingriffstiefe, Fehlerfreundlichkeit und Größe (etwa dezentrale oder zentrale Energieversorgung) spielten eine Rolle.

*Effizienzsteigerung wird zu-
nicht gemacht*

Effizienz ist die vorherrschende Prämisse politischen Handelns, wenn von Umwelt- oder Klimaschutz die Rede ist. Diese Strategie krankt jedoch daran, dass Effizienzsteigerungen regelmäßig durch wirtschaftliches Wachstum, also durch den Rebound-Effekt, zunichte gemacht werden. Das passiert zum Beispiel dann, wenn effizientere Automotoren weniger Kraftstoff benötigen, die Einsparung aber durch die Nachfrage nach schnelleren, stärkeren und schwereren Autos überkompensiert wird.

*Konsistenz-
strategie blendet
globale Gerech-
tigkeit aus*

Im Zuge der Debatte über Green Economy und die Energiewende rückt die Konsistenz stärker in den Focus. Dezentrale Biogasanlagen und Biosprit statt zentrale Kohlekraftwerke und fossile Antriebe stehen für eine solche Strategie. Doch auch wenn eine Konsistenzstrategie schon einen Fortschritt gegenüber einer reinen Effizienzstrategie bedeutet, blendet sie jedoch die soziale Dimension und die globale Gerechtigkeit aus. Anscheinend sinnvoller ökologisch-technischer Fortschritt führt oft dazu, dass Probleme in andere Umweltbereiche, andere Weltregionen oder andere Nachhaltigkeitsdimensionen verlagert werden. Die Abholzung von Regenwäldern für Biosprit und Palmöl ist hier nur ein Beispiel.

*Umwelttechnolo-
gie mit sozialen
Herausforderun-
gen verknüpfen*

Green Economy beziehungsweise Green New Deal sind die gängige Antwort auf die Herausforderungen. Eine auf Effizienz und Umwelttechnologien gerichtete Perspektive reicht jedoch nicht aus¹⁰. Der Umbau muss die ökologischen Notwendigkeiten mit den sozialen Herausforderungen verknüpfen und dabei die Produktions- und Lebensweise konsequent und demokratisch umbauen und weiterentwickeln.

4. Sozialökologischer Umbau der Industrie

Neben einem Ausstieg aus der fossilen Energieproduktion ist der Umbau der Industrie eine zweite wichtige Herausforderung, der nicht als einfaches Schrumpfen von Produktionslinien gedacht werden kann, die nicht mehr zukunftsfähig sind. Er ist auch kein einfacher Verschiebebahnhof vom industriellen Sektor in den Dienstleistungssektor. Im Ergebnis sollen der absolute Ressourcen- und Energieverbrauch dauerhaft absolut gesenkt werden. Sozialökologischer Umbau ist dabei aus unserer Sicht Voraussetzung für zukunftsfähige Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze.

*Senkung des
Energiever-
brauchs*

Dabei sollen:

- industrielle Kerne und hochwertige Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung erhalten oder geschaffen werden,
- in allen Branchen die Produktionsverfahren ökologisch umgebaut und neue innovative, ökologische Produkte und Produktionsweisen erschlossen werden,
- qualifizierte Arbeitsplätze für jene Beschäftigten geschaffen werden, deren Unternehmen in diesem Prozess ihre Produktion ohne direkten Ersatz einschränken oder schließen müssen,
- diese Umbauschritte mit der Auseinandersetzung um gute Arbeitsbedingungen sowie mit Arbeitszeitverkürzung verbunden werden¹¹.

5. Neue Anforderungen an Industrie-, Arbeits- und Sozialpolitik

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir ein neues Verständnis von Industriepolitik, das Effizienzsteigerung mit absoluten Grenzen des Energie- und Ressourcenverbrauches verbindet, Recycling und Rohstoffsubstitution auch durch Produktpolitik (z.B. Ökodesignrichtlinien) verbindlich fördert, eine aktive Strukturpolitik betreibt, die Marktmacht des Staates in der öffentlichen Beschaffung nutzt und Forschung konsequent in diesem Sinne ausbaut.

*neues Ver-
ständnis von
Industriepolitik
notwendig*

Und es braucht eine konsequente Arbeits- und Sozialpolitik, die prekäre Beschäftigung eindämmt, gewerkschaftliche Rechte stärkt, Umschulungs- und Bildungsprogramme an den neuen Anforderungen ausrichtet und Übergangsregelungen für Beschäftigte in Sektoren schafft, in denen Arbeitsplätze vernichtet werden.

*grundlegender
Wandel ge-
sellschaftlicher
Werte*

Ein sozial-ökologischer Umbau bedeutet aber auch einen grundlegenden Wandel der individuellen und gesellschaftlichen Werte und Lebensweisen. Dies ist die dritte große Herausforderung. Wie viel Konsum und Naturverbrauch brauchen wir, um glücklich zu sein? Wie können wir das Gemeinwesen und die Solidarität in der Gesellschaft stärken? Wie können wir die jahrzehntelange Ausbeutung der Menschen in den Ländern des Südens beenden?

6. Von der guten Arbeit zum guten Leben

Die Kampagne für gute Arbeit muss zu einer Kampagne für ein gutes Leben weiterentwickelt werden. Martha Nussbaum hat dazu in der Enquete-Kommission „Wohlstand – Wachstum – Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages den „Fähigkeitenansatz“¹² vorgestellt, der dem Human Development Index zugrunde liegt. Gutes Leben wird von ihr verstanden als Leben, in dem die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung des Lebens zu entwickeln. Das heißt ein Leben in guter Gesundheit, körperlicher Unversehrtheit und mit Rücksicht auf die Natur zu führen, in sozialen Zusammenhängen zu leben, Sinne und Phantasie gebrauchen zu können sowie an Bildung, Arbeit und politischem Leben teilzunehmen.

*BIP greift als
Wohlstands-
indikator zu kurz*

Gesellschaftliche Wohlfahrt ist laut Nussbaum nicht allein monetär bestimmt, sondern vielfältig dimensioniert. Folgerichtig greift das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für den Wohlstand eines Landes zu kurz. Die Aufgabe von Staat und Gesellschaft ist es, den Menschen die Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen. Das erfordert weltweit garantierte soziale Grundrechte und den gesicherten Zugang zu den menschlichen Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wasser und Gesundheit sowie garantierte Rechte auf Teilhabe an Bildung sowie dem sozialen, kulturellen und politischen Leben. Um bestehende Benachteiligungen abzubauen, sind zusätzliche Ressourcen und eine positive Diskriminierung notwendig.

*soziale Rechte
in die öffentliche
Hand*

Ein solcher Ansatz von umfassenden sozialen Rechten hat meines Erachtens zwangsläufig zur Folge, dass die öffentlichen Güter und die Daseinsvorsorge der Privatisierung entzogen bzw. in die öffentliche Hand zurückgeholt werden müssen. Wenn der Staat sich zurückzieht, können Rechte nicht mehr garantiert werden. Wenn öffentliche Güter der Verwertungslogik unterworfen werden,

zählt nur noch die höchstmögliche Rendite. Dann entscheidet das Einkommen über den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen und über die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten. Wer nicht zahlen kann, wird in den informellen Sektor abgedrängt oder ganz ausgeschlossen. Allerdings reicht öffentliches Eigentum nicht aus, es muss auch eine demokratische Verfügungsgewalt über die öffentlichen Güter geben.

*demokratische
Verfügungsgewalt*

Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen geht es um ein gutes Leben für alle. Das bedeutet auch eine gesellschaftliche Umverteilung von Vermögen, Arbeit und Einkommen.

Spielt die Suffizienz im „Fähigkeitenansatz“ eine Rolle, so wird sie in der feministischen Debatte noch breiter diskutiert. Adelheid Biesecker, Christa Wichterich und Uta von Winterfeld schlagen in ihrer Ausarbeitung „Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität“ in Zusammenhang mit unserer Arbeit in der Enquete-Kommission einen Perspektivwechsel in der Suffizienzdebatte vor. „Sie also nicht mit einem positiven ‚Sollen‘ normativ aufzuladen, sondern sich auf die Zumutungen des ‚zu viel‘ zu konzentrieren und sie als Schutzrecht zu definieren: Niemand soll immer mehr haben wollen müssen (Winterfeld 2011). Suffizienz, so verstanden, fragt nicht, wie viel genug ist (Pflicht zur Suffizienz), sondern sie fragt nach dem, was zu viel ist (Recht auf Suffizienz). Damit kommen auch der effizienzgetriebene Zwang zur Mehrarbeit und der kommerzgetriebene Zwang zum Mehrkonsum in den Blick. Dabei heißt Suffizienz nicht, soziale Einbußen aufgrund der Relativierung des Wachstumsstrebens hinzunehmen. Vielmehr können umgekehrt Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens erst in den Blick kommen, wenn sie nicht mehr vom Wachstumsimperativ durchherrscht werden.“¹³ Gegenwärtig leben wir in einem gesellschaftlichen Zwang, immer mehr zu arbeiten. Der Arbeitsdruck nimmt zu, der Reallohn nimmt ab, immer mehr Menschen werden durch die Arbeit krank. Nicht nur in Österreich steigen die psychischen Erkrankungen durch Arbeit.¹⁴ Gleichzeitig tobt der Wettbewerb um das neueste i-Phone, den schnellsten Wagen oder die weiteste Fernreise.

*Suffizienz als
Frage der
Gerechtigkeit
und des guten
Lebens*

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf einen besonderen Aspekt eingehen, die Diskussion über Arbeit und ihren Charakter. Die gängigen Wachstums- und Wohlstandskonzepte betrachten

Ökonomie ignoriert unbezahlte Arbeit

nur die Erwerbsarbeit und den daraus entstehenden Warenwohlstand. Die herrschende Ökonomie zählt nur die bezahlte Arbeit als produktiv und wertschöpfend. Sie ignoriert völlig, dass die Gesellschaft auf der Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit basiert, die überwiegend unbezahlt vor allem von den Frauen geleistet wird. Obwohl diese Arbeit Wohlstand schafft und sozial integrierend wirkt, wird sie von der Ökonomie als unproduktiv und unwirtschaftlich abgewertet. Sie wird behandelt wie die Natur, als vorgegeben, als etwas, das man ungestört verbrauchen kann, das wertlos ist, weil es keinen Geldwert hat.

Aufwertung der Care-Ökonomie

Deshalb reicht es nicht aus, nur die Erwerbsarbeit in den Blick zu nehmen. Stattdessen müssen die vier Bereiche des Lebens – Erwerbsarbeit, Reproduktion, kulturelle und gesellschaftliche Arbeit – in einer Weise zusammengedacht werden, dass Frauen und Männer gleich daran teilhaben. „Laut der Ökonomin Mascha Madörin trägt die unbezahlte Arbeit in der Schweiz annähernd gleich viel zur Bruttowertschöpfung bei wie die bezahlte. Frauen leisten zwei Drittel davon.“¹⁵ Diese Bereiche der Care-Ökonomie müssen zur Kenntnis genommen und aufgewertet werden. Die für alle Menschen so elementaren Aufgaben wie Erziehung, Bildung und Pflege gehören zu den Kernpunkten gesellschaftlichen Handelns in einer öffentlich oder genossenschaftlich organisierten Daseinsvorsorge.

7. Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

umfassende Demokratisierung als Voraussetzung ...

Die skizzierte tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden. Die Menschen müssen sich an den Diskussionen und Entscheidungen, die ihr Leben verändern werden, selbst aktiv und wirkungsvoll beteiligen können. Eine umfassende Demokratisierung ist deshalb eine notwendige und zwingende Voraussetzung eines sozialen und ökologischen Umbaus von Industrie und Gesellschaft.

Es besteht jedoch ein enormes Machtgefälle zwischen dem Interessengeflecht von Industrie, Finanzmarkt und Politik einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits. Milliarden schwere Entscheidungen fallen in Nachtsitzungen und Hinterzimmern – unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vorbei am Parlament. Deshalb müssen die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft geändert

werden. Schließlich sind es nicht weniger als die Interessen der dominierenden Kapitalfraktionen und des Finanzmarkts, die einem solchen Umbau entgegenstehen. Die Jagd nach den höchsten Renditen verhindert Innovationen und mittel- und langfristige Investitionen in eine ökologische und soziale Produktion. Deshalb gilt es nicht nur, den inhaltlichen Kampf um die bessere Energieversorgung oder die umweltverträgliche Landwirtschaft zu führen, sondern auch um die Demokratisierung der Gesellschaft und den Aufbau einer erfolgreichen Gegenmacht.

... für den Aufbau einer erfolgreichen Gegenmacht

Wirtschaftsdemokratie

Die Rahmenbedingungen für soziale und ökologische Nachhaltigkeit muss der Staat setzen. Bei der betrieblichen Umsetzung kommt den Gewerkschaften und den Betriebsräten eine wichtige Funktion zu. Die Unternehmen sollen Umwelt- und Sozialbilanzen erstellen, die den Betriebsräten zur Prüfung vorzulegen sind. Die Beschäftigten und ihre Betriebsräte kennen ihren Arbeitsplatz am besten. Sie können zusätzliche Innovationspotenziale aktivieren und diesen Innovationsprozess zugleich arbeitsorientiert gestalten. Ihre Mitbestimmungsrechte in diesen Fragen müssen erweitert werden.

Die Interessen der Beschäftigten müssen mit den sozialen und ökologischen Interessen, die in anderen Bereichen der Gesellschaft vorhanden sind, in Zusammenhang gebracht werden. Deshalb muss die klassische wirtschaftsdemokratische Debatte weiterentwickelt werden. Über die betriebliche Mitbestimmung hinaus braucht es Gremien, Aushandlungsprozesse und Regelungen, in die neben den Gewerkschaften auch andere Institutionen der Zivilgesellschaft und Parlamente eingreifen können. Ein mögliches Instrument dafür sind Beiräte, in denen neben Unternehmen und Gewerkschaften auch die Wissenschaft sowie Umweltverbände, Verbraucherverbände und andere vertreten sein sollten. Sie sollen den sozialökologischen Umbau von Betrieben, Branchen und Regionen befördern sowie an der politischen Rahmensetzung auf allen Ebenen mitarbeiten und Initiativ- und Vetorechte gegenüber dem Parlament und der Regierung erhalten.

Beiräte als Instrument der Mitbestimmung

Demokratisierung aller Lebensbereiche

Neue Lebens- und Konsumweisen, Umbau von Mobilität, Er-

geringe Mitbestimmung der Zivilgesellschaft

nahrung, Landwirtschaft, sozial-ökologische Städte und Dörfer sind nur durch Teilhabe und Auseinandersetzung zu haben. In der lokalen Agenda 21 haben sich Tausende aufgemacht und Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt, allerdings blieb ihr Einfluss oft gering. Sie hatten in der Regel keine Mitentscheidungsrechte, Verwaltung und Politik wehrten sich gegen die „Konkurrenzgremien“. Erfolgreich waren sie da, wo ihnen Rechte zugestanden wurden, so verständigten sich beispielsweise 54 Kommunen im Ruhrgebiet im Rahmen des Lokalen Agenda Prozesses auf den Verzicht auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit.

Eine wichtige Rolle spielt in vielen Kommunen auch die Debatte um Bürgerhaushalte nach dem Vorbild Porto Alegres oder auf nationaler Ebene BürgerInnenkammern, wie in Dänemark. Ein weiteres Beispiel ist die Dorfbewegung. In Skandinavien und den Niederlanden haben sie eine 30- bis 40-jährige Tradition. Sie stehen für teilnehmende Demokratie auf der Dorfebene, fördern Dorfpläne, Schulen und Breitband, Umweltprogramme oder nachhaltige Landwirtschaft.

Gegenmacht-Netzwerke

Den Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, sozialen Gerechtigkeit und Solidarität sind die „Community-Organizing“-Gruppen verpflichtet. Ihr Ziel ist es vor allem, sozial Benachteiligte für die Verbesserung ihrer Lebensumstände zu stärken und Gegenmacht-Netzwerke aufzubauen. In Deutschland haben ver.di und IG Metall und die Kirchen Community-Organizing aufgegriffen, auf europäischer Ebene gibt es inzwischen ein Netzwerk.

Ich meine, dies sind gute Beispiele, wie mit direkter Demokratie der Umbau gestärkt werden kann. Spannungsgeladen bleibt dabei die Frage des Verhältnisses direkter demokratischer Einflussnahme gegenüber der repräsentativen Demokratie sowie der Rechte engagierter BürgerInnen gegenüber Staat und Gesellschaft.

Anmerkungen

1. Der Artikel beruht auf einem Diskussionsbeitrag zur Zukunftskonferenz „Fortschritt sozial-ökologisch gestalten“ der Arbeiterkammer Linz am 12. 6. 2012 <http://www.clubofrome.org>
2. <http://www.clubofrome.org>
3. FTD 8.3.2012, <http://www.ftd.de/wissen/natur/:globale-vorhersage-club-of-rome-kritisiert-zuegellose-weltwirtschaft/70033228.html>
4. Meadows, D. u.a., Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart, 14. Aufl., 1987

5. <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp>
6. vgl. dazu auch: Reuter, N. / Lötzer, U., Wachstumskritik, in: Brand, U. u.a. (Hrsg.), ABC der Alternativen 2.0, Hamburg 2012, S. 322ff und Miegel, M. / Brand, U., Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 27–28, 2012, S. 3–14.
7. vgl. dazu auch: Lötzer, U. / Brand, U., Weniger Ressourcen verbrauchen bei gleichem Wohlstand? Mai 2012, <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/weniger-ressourcen-verbrauchen-gleichem-wohlstand/>
8. Kixmüller, J., Kohle ist wieder in Mode. Potsdamer Klimaforscher fordern vor dem Rio-Gipfel globale Übereinkunft mit Entwicklungsländern, in: Potsdamer Neue Nachrichten, 13.6.2012
9. Biesecker, A./Wichterich, Ch. / v. Winterfeld, U., Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität, o.O., o.J.
10. Brand, U., Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. 2. überarbeitete Auflage. Reihe «luxemburg argumente». Berlin 2012
11. Bundestagsfraktion Die Linke, Plan B. Das rote Projekt für einen sozialökologischen Umbau. Berlin 2012 www.plan-b-mitmachen.de
12. Nussbaum, M.C., Die Grenzen der Gerechtigkeit: Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit, Berlin 2010
13. Biesecker, A./Wichterich, Ch. / v. Winterfeld, U., Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität, o.O., o.J.
14. Biffl, G. / Faustmann A. / Gabriel, D. / Leoni, T. / Mayrhuber, Ch. / Rückert E., Psychische Belastungen der Arbeit und ihre Folgen, Studie im Auftrag der AK Wien, Krems/Wien 2011
15. Die Wochenzeitung 19/2012 vom 10.05.2012, <http://www.woz.ch/1219/care-arbeit-und-krise/und-wer-kocht-in-der-kinderkrippe>

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at